

## **Bericht des Vorsitzenden**

### **zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

**am 18. Oktober 2011**

#### **I. Die politische Lage in Deutschland**

- **Sichere Rohstoffversorgung für Wachstum und Arbeitsplätze.** Als wichtige Industrienation zählt unser Land zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Wir brauchen Versorgungssicherheit, um Arbeitsplätze und Wachstum bei uns zu sichern. Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die dieses für die Zukunft unseres Landes wichtige Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt hat, als wir 2010 unsere Rohstoffstrategie vorgelegt haben.

Der weltweit steigende Bedarf an Rohstoffen sowie die zum Teil starke Abhängigkeit von nur wenigen Abbau-Regionen und -Unternehmen zeigen, dass der Zugang zu Rohstoffen nicht allein von technologischen Möglichkeiten abhängt, sondern auch von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Mit ihrer Rohstoffpolitik sichert die Bundesregierung eine verlässliche, international wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung. Die Politik flankiert die Aktivitäten der deutschen Wirtschaft. Unsere Ziele sind klar: Es geht darum, Wettbewerbsverzerrungen zu bekämpfen, aber auch darum, unsere Abhängigkeit durch Diversifizierung, Recycling und mehr Rohstoffeffizienz zu reduzieren. Durch unsere Rohstoffaußenpolitik wollen wir erreichen, dass Produzentenländer und Verbraucherländer auf der Basis von Markt und Wettbewerb einen fairen Interessenausgleich finden.

In dieser Woche werden wir im Deutschen Bundestag über die Rohstoffpolitik unseres Landes beraten. In der nächsten Woche laden wir darüber hinaus zu

einem Kongress ein, um zu erörtern, wie die sichere Rohstoffversorgung als Querschnittsaufgabe der Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik organisiert werden kann. Unsere Bundeskanzlerin wird in einer Grundsatzrede die Strategie der Bundesregierung erläutern.

- **Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.** CDU und CSU setzen sich mit Nachdruck für die Familien in unserem Land ein. Gleich zu Beginn der Wahlperiode haben wir durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge ihre finanzielle Situation gestärkt. Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung unterstützen wir berufstätige Eltern. In dieser Woche werden wir im Deutschen Bundestag mit der „Familienpflegezeit“ ein weiteres Gesetz zur Stärkung der Familie verabschieden. Erwerbstätigen soll es ermöglicht werden, ohne große finanzielle Einbußen ihre Arbeitszeit zu verringern, um Zeit für die Pflege von Angehörigen zu haben. Dabei ist es uns gelungen, ein modernes Modell zu entwickeln, von dem alle profitieren: die Pflegenden und ihre pflegebedürftigen Angehörigen sowie die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber – und das Ganze ohne Milliardenausgaben und ohne einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft unserer Kinder.

Im Einzelnen sieht das Familienpflegezeitgesetz vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 50 Prozent reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen – und das bei einem Gehalt von in diesem Fall 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte in der Familienpflegezeit eine entsprechende Versicherung abschließen. Die Prämien sind sehr gering. Damit durch die Lohnaufstockung für die Arbeitgeber keine Belastungen durch eine familienbewusste Arbeitsgestaltung entstehen, können sie zudem beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) ein zinsloses Darlehen im Umfang der Lohnaufstockung beantragen.

- **Deutschland Vorreiter bei der Finanzmarktregulierung.** Zu den Lehren der Finanzmarkt- und der europäischen Staatsschuldenkrise gehört es, dass kein

Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne angemessene Regulierung und Aufsicht sein darf. Wir in Deutschland haben unseren nationalen Regulierungsrahmen bereits ein gutes Stück gestrafft. Unter den zahlreichen Maßnahmen sind nachfolgende Beispiele hervorzuheben: Aufgrund des Restrukturierungsgesetzes können deutsche Banken nicht mehr auf die Rettung durch den Steuerzahler vertrauen; über die Bankenabgabe wird die Finanzwirtschaft erstmals für die Kosten zur Krisenbewältigung herangezogen; ungedeckte Leerverkäufe sind seit Sommer 2010 generell verboten; die Bankenaufsicht hat stärkere Eingriffsrechte; Verbraucher müssen mit verständlicheren Informationen über Finanzprodukten aufgeklärt werden; Vertriebspersonal wird stärker beaufsichtigt.

Weitere Maßnahmen müssen jetzt vor allem auch auf internationaler Ebene durchgesetzt werden. Analog zum deutschen Restrukturierungsgesetz muss vor allem ein Instrumentarium entwickelt werden, das die Stabilität global systemrelevanter Institute stärkt und für den Krisenfall ihre geordnete – auch grenzüberschreitende – Restrukturierung oder Abwicklung ermöglicht. Überdies müssen die neuen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards für Banken gemäß dem sogenannten Basel III-Abkommen weltweit umgesetzt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung, bei der effektiven Regulierung der Finanzmärkte weiterhin konsequent und mit Augenmaß vorzugehen und dauerhaft für ein stabileres und widerstandsfähigeres Finanzsystem zu sorgen. Die Einhaltung bereits beschlossener Reformen muss überwacht und im Hinblick auf die Regulierungsziele regelmäßig überprüft werden.

## II. Die Woche im Parlament

- Die Bundeskanzlerin wird in dieser Woche eine Regierungserklärung abgeben und somit den Bundestag vorab zum **Europäischen Rat am 23. Oktober 2011 in Brüssel und zum G20-Gipfel am 3./4.11.2011 in Cannes** unterrichten. Wir verbinden diesen Punkt mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise**, der zunächst eine positive Bilanz über die nach der Finanzmarktkrise bereits umgesetzten, zahlreichen Maßnahmen zur Reform der Finanzmärkte zieht. Die Finanzmarktkrise und die daraus für die öffentlichen Haushalte entstandenen finanziellen Be-

lastungen haben deutlich gemacht, dass die Finanzmärkte strukturell reformiert werden müssen. Auf diesem Weg schreiten wir voran.

- In zweiter und dritter Lesung wollen wir das **Gesetz zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf** verabschieden, mit dem die Pflege von Familienangehörigen durch Berufstätige erleichtert wird.
- In zweiter und dritter Lesung steht das **Dritte Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes** zur Verabschiedung an, mit dem die bisher bis zum 31. Dezember 2011 befristet erhöhte Umsatzgrenze für die „Ist-Versteuerung“ von 500.000 Euro dauerhaft festgelegt wird. Dieses schafft Liquiditätsvorteile insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, auch weil der Vorsteuerabzug für die bezogenen Eingangsleistungen sofort, d. h. ohne Rücksicht auf eine Bezahlung, vorgenommen werden kann.
- In dieser Woche wird die Bundesregierung den **Aktionsplan Nanotechnologie 2015** vorstellen, der die programmatische Basis für anstehende Forschungsschwerpunkte und Aktionslinien der Bundesregierung zur Nanotechnologie in Deutschland ist. Ziele des Aktionsplans sind eine sichere und nachhaltige Nanotechnologie, ihre Nutzung in Bildung und Forschung, für Wachstum und Innovation, Gesundheit, Umwelt- und Klimaschutz. Mit dem begleitenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Aktionsplan Nanotechnologie 2015 gezielt weiterentwickeln** begrüßen wir den Aktionsplan und fordern die Bundesregierung auf, auf eine Weiterentwicklung des bestehenden differenzierten EU-Regelungssystems hinzuwirken.
- In erster Lesung beraten wir das **Gesetz zu dem Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels**, das dem Schutz von Frauen vor allen Formen von Gewalt dient. Es schafft erstmals im europäischen Raum einen umfassenden Rahmen für politische und rechtliche Maßnahmen zum Schutz aller Opfer von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie für die Strafverfolgung der Täter. Deutschland hat bereits jetzt weitgehend die Standards des Übereinkommens erfüllt.

- Mit dem in erster Lesung zur Beratung anstehenden **Gesetz zur Neuordnung des Pflanzenschutzrechts** wird zur Anpassung an Rechtsakte der Europäischen Union die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln bzw. deren Wirkstoffen neu organisiert.
- In erster Lesung beraten wir das **Vierundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (24. BAföGÄndG)**. Damit wollen wir auf der Basis der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts den Darlehens-teilerlass bei vorzeitigem Studienabschluss verfassungskonform so regeln, dass Absolventen von Studiengängen mit Mindeststudienzeiten (z.B. Medizin) nicht benachteiligt werden. Die Änderungsregelung betrifft nur wenige Fälle, da die Deckelung der Rückzahlungssumme bei 10.000 Euro dem Teilerlass ohnehin vorgeht und zudem das 23. BAföGÄndG für Studienabschlüsse nach dem 31.12.2012 bereits eine Neuregelung vorsieht.
- Im Jahr 2017 jährt sich zum 500. Mal der Thesenanschlag von Martin Luther, der die Reformation einleitete. Mit dem Reformationsjubiläum und der laufenden so genannten Lutherdekade hat Deutschland die Möglichkeit, die historische Bedeutung der Reformation als gesellschaftliches, kulturelles und religiöses Ereignis für Deutschland, Europa und die Welt in besonderer Form zu würdigen. Wir werden diskutieren über die christliche Verwurzelung des Abendlandes, über christliche Werte und ihre Beiträge zur sozialen Verantwortung, zur Ausbildung moderner Grundrechte und den Grundlagen der Demokratie sowie ihre Bedeutung über die Landesgrenzen hinaus darstellen. Mit dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Das Reformationsjubiläum im Jahre 2017 – Ein Ereignis von Weltrang** fordern wir die Bundesregierung auf, sich an der Ausgestaltung der Lutherdekade aktiv zu beteiligen. Dabei sollen die bedeutenden historischen Orte der Reformation in bestehenden Förderprogrammen des Bundes im Bereich des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien wird aufgefordert, die staatliche Geschäftsstelle "Luther 2017" mit ausreichend finanziellen und personellen Kapazitäten auszustatten.
- Hintergrund des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit weltweit verbessern** ist die Tatsa-

che, dass die Zahl der Hungernden seit 1997 wieder ansteigt und 2009 einen neuen „Allzeit-Rekord“ von etwa einer Milliarde Menschen erreicht hat. Der überwiegende Teil der Hungernden lebt in Entwicklungsländern, was das Erreichen eines Millenniumentwicklungszieles – den Anteil der Hungernden auf der Welt bis 2015 auf die Hälfte zu reduzieren – in weite Ferne rücken lässt. Der Antrag bestärkt die Bundesregierung in ihrem Ziel, die Entwicklung des ländlichen Sektors zu einem Förderschwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik auszubauen.

- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Fischartenschutz voranbringen – Vordringliche Maßnahmen für ein Kormoranmanagement** trägt dem starken Anwachsen des Bestands der Kormorane in den letzten 25 Jahren Rechnung, der gravierende Auswirkungen auf die gesamte natürliche Fischfauna hat. Kormorane bedrohen kleinere Fischarten mit der Folge, dass in manchen Gewässern die Verjüngung und Aufrechterhaltung des Fischbestandes stark gefährdet ist. Auch Berufs- und Angelfischer an natürlichen Gewässern sowie Teichwirte und Fischzüchter an Aquakulturanlagen werden dadurch wirtschaftlich geschädigt. Wir fordern einen europaweit koordinierten Aktionsplan Kormoran mit dem Ziel einer nachhaltigen Bestandsregulierung und eine Harmonisierung der Kormoranverordnungen der Bundesländer.
- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Wirtschafts- und Außenpolitik für eine sichere Rohstoffversorgung – Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland, Europa und den Partnerländern** trägt der Tatsache Rechnung, dass Deutschland als wichtige Industrienation zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt zählt und vor allem bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien nahezu vollständig von Importen abhängig ist. Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass gegen unzulässige wettbewerbsverzerrende Maßnahmen und Handelsbeschränkungen vorgegangen wird. Zudem sollen die außenwirtschaftlichen Instrumente des Bundes zur Rohstoffsicherung (z. B. Investitionsgarantien, Ungebundene Finanzkredite) bedarfsorientiert weiterentwickelt und flexibilisiert werden.
- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Ausgleich für Radargeschädigte der Bundeswehr und der ehemaligen**

**NVA** stellt fest, dass Angehörige der Bundeswehr und der NVA unwissend bis in die 1980er Jahre durch ionisierende Strahlung gesundheitsschädliche Partikel aufgenommen haben und teilweise schwer erkrankt sind. Wir begrüßen den Fortschritt in der Entschädigungspraxis bei den Radarfällen in den letzten Jahren und fordern die Bundesregierung auf, zu prüfen, ob zur umfassenden Wahrung der Fürsorgepflicht etwa durch eine Stiftung oder einen Fonds in besonderen Härtefällen eine Unterstützung auch außerhalb des geltenden Versorgungsrechts ermöglicht werden kann.

### III. Daten und Fakten

- **Arbeitslosigkeit weiter gesunken.** Auch im September hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist weiter zurückgegangen und sank im Vergleich zum Vormonat um 149.000 auf 2.796.000. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren damit 231.000 weniger Arbeitslose registriert. Die Arbeitslosenquote reduziert sich damit weiter um 0,4% auf 6,6%. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wachsen weiter und die Nachfrage nach Arbeitskräften ist nach wie vor hoch. Die Zahl der Erwerbstätigen im August ist gegenüber dem Vorjahr um 515.000 auf 41,20 Millionen gestiegen. Im September wurden mit 501.000 gemeldeten Arbeitsstellen 104.000 mehr gemeldet als im Vorjahr.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

- **Studiengebühren halten Studienberechtigte nicht vom Studium fern.** Laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) mindert die Einführung von Studiengebühren nicht die Studienbereitschaft. Vielmehr zeige sich, dass die Studienberechtigten die höheren Kosten mit einer größeren Wertschätzung eines Studiums für den späteren beruflichen Werdegang, insbesondere mit höheren Ertragschancen, „verrechnen“. Aus diesem Grund war die Neigung an die Universität zu gehen in Bundesländern mit Studiengebühren nicht niedriger als in gebührenfreien Bundesländern. Dieses Phänomen trat vor allem bei Studienberechtigten aus nichtakademischen Haushalten auf, also bei

der Gruppe, für die ein deutlich negativer Effekt der Studiengebühren in Form eines Rückganges der Studienaufnahme prophezeit wurde.

(Quelle: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

- **Deutsche so glücklich wie seit langem nicht.** Die Lebenszufriedenheit der Deutschen ist aktuell so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr, dies zeigt der Glücksatlas der Deutschen Post. Mit einem Lebenszufriedenheitswert von 7,0 (auf einer Skala von 0 bis 10) sind die Deutschen heute so glücklich wie zuletzt 2001. Der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland war mit 0,3 Punkten noch nie so gering wie heute. Zum Vergleich: 1991 betrug er noch 1,3 Punkte. In Sachen Glücksranking hat Sachsen sogar mittlerweile den Anschluss an den Westen gefunden und Hessen überholt. Hamburg ist laut Glücksranking 2011 mit 7,38 Punkten die glücklichste Region Deutschlands, gefolgt von Niedersachsen/Nordsee mit 7,14 Punkten und Bayern mit 7,10 Punkten. Auf Platz 1 der besonderen individuellen Glücksbringer steht das subjektive Gesundheitsempfinden, gefolgt von einer Partnerschaft, sozialen Kontakten und regelmäßiger sportlicher Aktivität. Als gefürchtetster Glückshemmer gilt analog ein schlechtes Gesundheitsempfinden, gefolgt von dem Tod des Partners und Arbeitslosigkeit.

(Quelle: Glücksatlas 2011 der Deutschen Post)